



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24634 - 30
Fernschreiber 0886890

P/XLIII/176 - 7. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Der Graben wird tiefer Zu den Pankower Massnahmen gegen die Republik- flucht	75
3 - 4	Frankreichs neue Verfassung Kräfte messen zwischen links und rechts	71
5 - 6	Die Bundeswehr braucht Gelände ... Von Hermann Schnitt, MdB.	78
7	Fortgeschreitender Zerfall des GB/BHE Das beginnende Ende einer "Flüchtlingspartei"	33

* * * *

* * * *

Der Graben wird tiefer

K.J. Von Woche zu Woche wird es den Mitteldeutschen schwerer gemacht, in die Bundesrepublik zu reisen. Heute werden, einer zuverlässigen Schätzung zufolge, von den zonalen Polizeidienststellen rund 95 von 100 Reiseanträgen abgelehnt. Selten nur noch geben die Volkspolizei-Kreisämter dafür eine Begründung. Der "DDR"-Bürger hat einfach nicht mehr in die Bundesrepublik zu fahren. Aus den Zeitungen mag er bis zum Überdruß lesen, warum er es nicht soll.

Es ist selbstverständlich, dass die Pankower Isolierungsmaßnahmen die Zonenbevölkerung gerade jetzt zur Urlaubszeit besonders schwer treffen. Viele Personengruppen haben sich schon daran gewöhnt, dass man sie nicht herauslässt: Angestellte der staatlichen Dienststellen, Arbeitnehmer wichtiger "volkseigener" Betriebe und der Wirtschaftsverwaltungen. Allein 800 000 Menschen gelten als "Träger von Staatsgeheimnissen" und dürfen seit langer nicht ausreisen. Auch die grosse Zahl derjenigen, die in der Bundesrepublik geflüchtete Angehörige haben, resignieren oft schon vor der Antragstellung: Flüchtlinge gelten als Landesverräter und dürfen nicht besucht werden.

Erschüttert aber sind in diesen Tagen alle, auf die eigentlich nichts von diesen grundsätzlichen Beschränkungen zutrifft. In den Pankower Ministerien käufen sich die Proteste und Beschwerden derer, die ohne jeden erfindlichen Grund keine Reisegenehmigung bekommen haben, nicht einmal zu Beerdigungen nächster Verwandter. Grotewohl musste auf einer Bezirksratstagung in Gera zugeben, dass er von brieflichen Protesten überschwemmt werde - ein Viertel aller Eingaben an die Regierung (und das ist sicher nicht verniedlicht) beziehen sich auf verweigte Reisegenehmigungen. Waiv sein Athilievorschlag: die Werktätigen müssten sich selbst an der "Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit der Reisebeschränkungen beteiligen"; es werde viel zu wenig "Überzeugungsarbeit" geleistet. Seit es nach Grotewohl, dann sollen sich also alle Gekränkten und Verbitterten, die man nicht herauslässt, gegenseitig davon überzeugen, dass ihre Einsperrung in den Grenzen der Zone eine gute und gerechte Sache ist.

Die immer mehr forcierten Reiseverbote sind allerdings der einfachste Weg, die "Republikflucht" einzudämmen. Erfahrungsgemäss setzen sich gerade in der Urlaubszeit die meisten Zonenmiden legal über eine genehmigte Westreise ab, um von ihr nicht mehr wiederzukehren. Sympto-

matisch für die ausserordentliche Erschwerung dieses Weges ist die Überfüllung des Westberliner Notaufnahmelagers Marienfelde. Während die bundesrepublikanischen Lager Giessen und Ulzen kaum noch "Reiseflüchtlinge" registrieren, stauen sich in Westberlin die Menschen. Wird es Pankow gelingen, auch die direkte Flucht unmöglich zu machen?

Nachdem Zug- und S-Bahnkontrollen nicht die rechte Wirkung hatten, geht man mehr und mehr dazu über; Fluchtverdächtigen einfach die Personalausweise zu entziehen. Dafür erhalten sie einen Ersatzausweis mit dem Überdruck "Gilt nicht für Reisen nach Berlin". Arbeitern und Angestellten, denen man nicht traut, werden Diplome, Fachzeugnisse und Bescheinigungen abgenommen, die sie im Westen als qualifizierte Arbeitskräfte ausweisen und ihnen so die Eingliederung erleichtern könnten. Das ist eine Massnahme, die immer weiter um sich greift und auch Bürger betrifft, die im Grunde nicht fluchtverdächtig sind. Immer häufiger nimmt man auch Ehegatten den Personalausweis ab, wenn der Partner geflüchtet ist.

Neben der Aberkennung der akademischen Grade bei geflüchteten Wissenschaftlern werden nicht selten die Eltern geflüchteter Oberschüler oder Studenten dazu verpflichtet, die Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder rückzuerstatten. Eine sich auf diese Sonderaufgabe spezialisierende Spitzelarmee, die an Zahl wachsenden "Hausvertrauensleute" und die "Abschnittsbefehlshabenden der Volkspolizei", muss an Arbeitsplatz und Wohnung Fluchtverdächtige überwachen. Die Denunziation steht in hoher Blüte. Jetzt wurde vom Kreisgericht Leipzig-Süd ein geflüchteter Physiker wegen "Erschleichens einer Genehmigung zum Verlassen der DDR" zu 10 000 DM Geldstrafe verurteilt; man bedarf einer rechtlichen Handhabe, um sein zurückgelassenes Vermögen zu kassieren - bisher konnten für die nicht mitgenommenen Besitzwerte Abwesenheitspfleger eingesetzt werden.

Alle Massnahmen zusammengenommen sollen die "Republikflucht" verhindern, potentielle Flüchtlinge abschrecken. Wie wenig das gelingt, beweist der anhaltende Fluchstrom nach Westberlin. Er ist ein Gradmesser dafür, dass in der Zone die Luft zum Atmen immer knapper wird. Grotewohl's Empfehlung, die Bürger selbst müssten nur die nötige "Überzeugungsarbeit" leisten, damit keiner auch nur besuchsweise westdeutschen Boden betritt, ist blanker Hohn. Wo echte Argumente fehlen, kann man nicht überzeugen. Wie schlecht es um die Argumente steht, lässt sich an den drakonischen Isolierungsmassnahmen Pankows am zuverlässigsten ablesen.

Frankreichs neue Verfassung

G.S. - Paris

Der Vorentwurf der neuen französischen Verfassung liegt nunmehr fest, wesentliche Veränderungen dürften nicht mehr vorgenommen werden. Man darf in diesem neuen Verfassungsprojekt, das bei dem Volksentscheid im Herbst wahrscheinlich gebilligt wird, ein Tauziehen zwischen links und rechts sehen, ein Kräftemessen, das trotz Ausschaltung der Nationalversammlung weitergeht. Das vorliegende Projekt unterscheidet sich in mehreren Punkten von den ursprünglichen autoritären Absichten, aber auch wesentlich von der Verfassung der Vierten Republik.

Frankreich ist, der neuen Verfassung zufolge, wieder "eine unteilbare, weltliche und demokratische Republik", 1946 war es auch eine "soziale" Republik, ein Ausdruck, der diesmal weggelassen wurde. Der Präsident der Republik hat das Recht, das Parlament aufzulösen, doch ist es der Regierungschef, der einen Volksentscheid anordnen kann. Der Staatspräsident hat allerdings das Recht, dagegen sein Veto einzulegen. Er ernennt, ohne parlamentarische Investitur, den Regierungschef, die übrigen Regierungsglieder aber nur auf Vorschlag des Regierungschefs. Der Staatsoberhaupt wird durch ein Kollegium gewählt, in dem sich ausser den Parlamentariern und Generalräten, auch die Vertreter der Überseegebiete und der verschiedenen Gemeindräte befinden. Die Zahl dieser Wähler wird noch nicht festgelegt, doch wird es sich jedenfalls um mehrere Tausend handeln.

Das Parlament besteht aus zwei Kammern, die Nationalversammlung geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, der Senat auf indirektem Wege. Die dritte Kammer der Vierten Republik, die "Versammlung der Französischen Union", wird beseitigt. Die Überseeländer sollen von nun an vorwiegend im Senat vertreten sein. Die Parlamentsausschüsse erhalten erhöhte Vollmachten und können Gesetze beschliessen, ohne die Nationalversammlung zu konsultieren.

Eines der wichtigsten Kapitel betrifft die Überseeländer, denen die Wahl zwischen vier Möglichkeiten eines Zusammenlebens mit Frankreich geboten wird: Status quo, vollständige Eingliederung in die Französische Republik, Föderation (ein gemeinsamer Bundesstaat mit

Frankreich) und "confédération" ("eine Gemeinschaft freier Völker, die assoziiert sind, um ihre Zivilisation mit unserer zu entwickeln"). Dies sind in kurzen Zügen die Grundlinien der neuen französischen Verfassung. Entscheidend sind aber selbstverständlich nicht nur die Paragraphen, sondern der Geist, in dem diese neuen Bestimmungen in die Tat umgesetzt werden.

Seit über 90 Jahren besitzt Frankreich republikanische Verfassungen, in welchen folgende Einrichtungen vorgesehen sind: Der Präsident der Republik, die durch allgemeines Wahlrecht gewählte Nationalversammlung, der Senat (in der Vierten Republik "Rat der Republik"), die vor den beiden Kammern verantwortliche Regierung. Am 16. Juni 1940 wurde Marschall Pétain, unter dem Druck der Rechtsradikalen und des Generals Weygands, zum Regierungschef ernannt, am 18. Juli des gleichen Jahres beschloss die Nationalversammlung, unter dem Druck sowohl der vormarschierenden deutschen Armee, als auch der Armeen des französischen Generals Weygand, dem neuen Regierungschef Vollmachten zu erteilen. Nur 80 Abgeordnete stimmten dagegen. Dieses Ausnahmeregime wurde 1944, mit dem Ende der deutschen Besatzung, abgeschlossen. General de Gaulle wurde zum Chef der provisorischen Regierung ernannt und beauftragt, die republikanische Verfassung wieder herzustellen. Im Oktober 1945 kam es zu einer Volksabstimmung über die Frage: Wiederherstellung der Verfassung von 1875 oder neue Verfassung? Die Mehrheit (Kommunisten, Sozialisten, MRP, Gaullisten) entschied sich für die zweite Lösung. Die neugewählte Nationalversammlung beschloss im Mai 1946 eine Verfassung, nach welcher der Senat, das Oberhaus der dritten Republik, abgeschafft wurde und alle Vollmachten der Nationalversammlung übertragen wurden. Dieser Beschluss wurde aber in einer zweiten Volksabstimmung wieder abgelehnt, und im November des gleichen Jahres wurde dennoch ein Oberhaus, der "Rat der Republik", geschaffen, allerdings mit geringeren Befugnissen als der frühere Senat.

Im Oktober 1958 wird die französische Bevölkerung nun über den neuen Verfassungsvorschlag zu entscheiden haben. Eine Alternative besteht allerdings diesmal nicht. Die paradoxe Lage besteht gegenwärtig darin, dass eine Zustimmung zu dem Verfassungsvorschlag gleichbedeutend ist mit einer Ablehnung der drohenden Militärdiktatur, eine Ablehnung des Verfassungsvorschlages aber der Weg für eine Militärdiktatur freimachen könnte. Den Franzosen bleibt also bei einer derartigen Fragestellung keine wirkliche Wahl.

Die Bundeswehr braucht Gelände...

Von Hermann Schmitt, MdB

"Sie haben sich auf den Standpunkt gestellt, die Regierung Adenauer sei - wie haben Sie sich ausgedrückt?, ich will jetzt vorsichtig sein - der grösste Landräuber aller Zeiten." Bundesinnenminister Dr. Schröder zu dem Abgeordneten H. Schmitt, Vockershausen, in der 23. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. April 1958.

Die deutsche Öffentlichkeit verfolgt seit Jahren mit wachsender Sorge den ständigen Prozess der Schrumpfung der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche. In hochindustrialisierten Ländern wie in Deutschland ist dieser Vorgang unvermeidlich. Laufend wird die der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Fläche kleiner. Wir selbst sind täglich Augenzeuge dieses Vorganges, der leider noch durch die in ihrem Umfang einmaligen Inanspruchnahmen von Land für militärische Zwecke beschleunigt wird.

Es ist allgemein bekannt, dass die Stationierungsmächte während des Besatzungsregimes in sehr grossem Umfang Land in Anspruch genommen und oft sogar "gchortet" haben. Ich darf nachstehend einige Zahlen nennen, die bei den Beratungen des Landbeschaffungsgesetzes dem Bundestag vorgelegt wurden, und die die starke Inanspruchnahme von Land durch die damaligen Besatzungsmächte zeigen. Der bundeseigene Landbesitz belief sich zur Zeit der Beratung des Landbeschaffungsgesetzes auf etwa 265 000 ha. Davon wurden von der ehemaligen deutschen Wehrmacht etwa 200 000 ha benutzt. Die Stationierungskräfte nehmen den grössten Teil dieses Landes in Anspruch. Zusätzlich haben sie dann noch 110 000 Hektar angefordert. Für 500 000 Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht im Jahre 1937 hat aber im heutigen Bundesgebiet ein Übungsgelände von 250 000 ha genügt.

Die ehemalige deutsche Wehrmacht war sicher bei der Landinanspruchnahme nicht kleinlich, sondern man hat schon damals bei der Anlage von Truppenübungsplätzen, Kasernen und Flugplätzen sehr weitgehend landwirtschaftlich genutztes Gelände in Anspruch genommen und trotz allen gegenteiligen Beteuerungen keine Rücksicht genommen. Die heute für eine insgesamt geringere Zahl von Soldaten in Anspruch genommene Fläche ist also sehr viel grösser als damals, und immer wieder werden Klagen vorgebracht, dass die Stationierungskräfte die in Anspruch genommenen Grundstücke nicht oder nur ungenügend im Sinne der Anforderung nutzen. Leider soll die Inanspruchnahme aber weitergehen. Das Verteidigungsministerium dürfte zusätzlich etwa 100 000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche

beanspruchen. Damit sind tausende kleinere und mittlere bäuerliche Existenzen zum Sterben verurteilt. Die Gesamtanforderungen haben einen solchen Umfang erreicht, dass man einmal davon sprechen kann, dass die größten Landenteignungen und -inanspruchnahmen der deutschen Geschichte unter der Bundesregierung Dr. Adenauer vorgenommen wurden.

Die vielfältigen Bemühungen der SPD-Fraktion zum Schutz unserer kleineren und mittleren bäuerlichen Existenzen bei der Beratung des Landesbeschaffungsgesetzes hatten leider nicht den erhofften Erfolg. Wenn es auch gelang, das Landesbeschaffungsgesetz in vieler Punkten zu verbessern, so darf doch nicht vergessen werden, dass die Regierungsmehrheit nicht bereit war, den Gesamtumfang der Landanforderung zu begrenzen. Bisher ist die Inanspruchnahme wohl im Hinblick auf die Bundestagswahlen und die Landtagswahlen in verschiedenen Ländern (vor allem auch in Bayern) sehr langsam angefallen, und es wird wohl noch etwas dauern, bis die bäuerlichen Wähler auch hier die rauhe Wirklichkeit der Regierungspolitik spüren werden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist allerdings auch nach den Bundestagswahlen nicht untätig geblieben. Sie hat einen Entwurf zur Änderung des Landesbeschaffungsgesetzes eingebracht, der Besserungen des Gesetzes bringen soll.

Nach dem Entwurf ist vorgesehen, dass nicht gleich bei Beginn von Verhandlungen über Geländeerwerb mit Enteignung gedroht werden kann. Farmer sollen zunächst die Stellungnahmen der Gemeinden und der Länder eingeholt werden, wenn der Bund Gelände für militärische Zwecke erwerben will. Darüber hinaus hat die SPD-Fraktion den Regierungsparteien die Möglichkeit gegeben, einen wichtigen Beitrag zur Reprivatisierung von Bundesvermögen zu leisten. Die bisherige Regelung ermöglichte nur dann die Rücküberweisung von nicht mehr benötigten Grundstücken, wenn Land nach dem Gesetz von 1957 beschafft worden ist, nicht aber in den Fällen des Gesetzes von 1935, obwohl gerade durch dieses Gesetz sehr viel Unrecht geschehen ist. Hier ist leider, wie es so schön heisst, nichts zu "vergoldern". Die geplante Aktion zur Verschleuderung von Bundesvermögen wird auch kaum für die kleinen Bauern gedacht gewesen sein, die vielfach heute noch an den Bund für das Land Pacht zahlen müssen, das im Dritten Reich in Anspruch genommen wurde, aber heute nicht mehr für militärische Zwecke benötigt wird.

Mit der erneuten Forderung nach klaren Ausführungsbestimmungen zum Gesetz soll nach dem Willen der SPD den Landwirten und auch den Gemeindefürsorgeverbänden ein zusätzlicher Schutz gegeben werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird nicht müde werden, immer wieder den schönen Worten der Regierung für die Landwirtschaft die Tatsachen gegenüberzustellen und ihrerseits alles zu tun, um der bedrängten Landwirtschaft Hilfe zu geben.

Fortschreitender Zerfall des GB/BHE

sp - Mit überschwänglichen Hoffnungen hatte einst der BHE die Bühne der deutschen Nachkriegspolitik betreten. In Schleswig-Holstein, wo er 1950 zum ersten Mal für den Landtag kandidierte, waren ihm mit einem Schlage fast ein Viertel aller Wählerstimmen zugefallen. Berauscht durch diesen Erfolg gründete die damalige Führungsgarnitur Kraft-Oberländer in allen Ländern der Bundesrepublik Organisationen, die den Anspruch erhoben, die alleinige Vertretung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu sein. Aber schon die Bundestagswahl von 1953 erwies die Unhaltbarkeit dieses Anspruchs; kaum ein Drittel aller Neubürger wählte diese Partei, vier Jahre später waren es nur noch ein knappes Fünftel, obwohl sich die Zahl der Vertriebenen und Geflüchteten durch den ständigen Zuzug aus Mitteldeutschland beträchtlich vermehrt hat.

Von den damaligen Gründern ist heute nicht mehr viel übriggeblieben. Kraft und Oberländer fanden im goldenen Schoss der CDU Unterschlupf, gefolgt von vieler anderen. Cliquenkämpfe verurteilen die derzeitige Führung zur Ohnmacht und politischer Sterilität. Die Niederlage bei den Bundestagswahlen vom September 1957 brachte für diese Partei schwere innere Erschütterungen, von denen sie sich nicht mehr erholen kann. Im Kernland des GB/BHE, in Schleswig-Holstein, ist der Zerfall nicht aufzuhalten. Der Übertritt des früheren Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Dr. Heinz Kieckbusch, zur CDU, dem einige BHE-Landtagsabgeordnete vorausgingen, lässt die Krise vor aller Augen sichtbar werden. Alles spricht dafür, dass der BHE bei den Landtagswahlen mangels Masse auf der Strecke bleiben wird, ein Schicksal, das diese Partei auch in anderen Ländern zu erwarten hat.

Man braucht nicht lange nach den Ursachen dieses Zerfalls einer Partei, die einst auszog, um das bestehende Parteiengefüge aufzulockern zu suchen. Opportunismus, politische Ziellosigkeit und Postenjägerie sind keine Elemente, um die sich auf die Dauer Wählermassen konzentrieren lassen. Die Profillosigkeit und das Fehlen einer stetigen Linie wurden dem BHE zum Verhängnis, das sich auch durch den Rückfall in wilden Nationalismus, wie etwa beim Bayerischen Gesamtdeutschen Block, nicht mehr aufhalten lässt.

+ + +